



Barthle-Brief

Nr. 49

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

29.4.2016

Thema der Woche:

TTIP sichert Arbeitsplätze und Exportchancen **Nach der Eröffnung der Hannover-Messe durch US-Präsident Obama**

Vor der Sitzung seiner Fraktion an diesem Dienstag in Berlin mahnte Volker Kauder zu Schnelligkeit beim Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, englisch: Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA. TTIP sei ein wichtiges Signal nicht nur für die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch für die deutsche Industrie, so der Vorsitzende der Unionsfraktion. Man erwarte nun vom Koalitionspartner SPD, dass er sich klar zu dem Handelsabkommen mit den USA bekenne.

„TTIP sichert Arbeitsplätze und auch die Exportchancen für die deutsche Wirtschaft. Es muss schnell kommen, denn Amerika schließt immer mehr Freihandelsabkommen ab, und es darf niemand glauben, dass, wenn Amerika eine ganze Reihe von Freihandelsabkommen abgeschlossen hat, es dann andere Bedingungen mit Europa geben wird. Das ist wirklich naiv“, sagte Kauder in Berlin.

Hintergrund: Auf der größten Industriemesse der Welt in Hannover zeigten in dieser Woche über 5.200 Aussteller aus 75 Ländern neuste Produktionstechniken für die Fabrik von morgen. Auf der Hannover Messe 2016 wurde gezeigt, wie die Industrie 4.0 sich über Unternehmens- und Branchengrenzen hinweg immer weiter vernetzt. In diesem Jahr waren die USA Partnerland. Die Vereinigten Staaten haben den Stellenwert der Industrie wiederentdeckt und wollen diesen Wirtschaftssektor kräftig ausbauen. Vom Besuch des US-Präsidenten Obama in Hannover geht ein starkes Zeichen aus: Die USA und Europa halten am großen transatlantischen Zukunftsprojekt – der Transatlantischen Handels- und Investitionspartner-

schaft TTIP – fest und wollen es zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluss führen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bietet die Chance, sich die zukünftigen Standards für Ex- und Importe nicht von den USA und Asien diktieren zu lassen, sondern mitzugestalten. Wenn die USA aber nur mit anderen Wirtschaftsregionen Freihandelsabkommen abschließen, werden deutsche exportorientierte Unternehmen in diesen Handelsräumen investieren statt in Deutschland und Europa.

Dass Obama mit seinem Besuch in Hannover bereits zum fünften Mal in der Bundesrepublik zu Gast ist, hat zu Beginn dieser Woche der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Hardt, als Zeichen für eine äußerst „vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit der USA mit Deutschland“ bezeichnet. Hardt, der auch Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit ist, sieht den Besuch Obamas in Zeiten, „in denen wir von vielfältigen Krisen umgeben sind, die Deutschland und Europa unmittelbar betreffen“, als unmissverständliches Signal. „Gerade in diesen Zeiten sucht und schätzt er Europa und ganz besonders Deutschland“, so Hardt. Die USA seien bereit zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Herausforderungen, erwarteten aber auch mehr Engagement der Partner diesseits des Atlantiks. „Mit TTIP unterstreichen wir unseren gemeinsamen, transatlantischen Anspruch, die zukunftsweisende internationale Handelsarchitektur des 21. Jahrhunderts zu gestalten.“

Ein konkretes Beispiel für die gegenwärtigen Handelsbeziehungen, die es zu verbessern gelte, nannte zu Beginn dieser Woche der Vorsitzende der Unionsfraktion, als er über die hei-

mische Stahlindustrie sprach: „Gemeinsam mit den USA wie auch mit China müssen wir in der EU für faire Handelsbedingungen für Stahlzeugnisse auf dem Weltmarkt sorgen. Die große Koalition verabschiedet in dieser Woche einen gemeinsamen Antrag zur Stärkung der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Es handelt sich um einen industriellen Kern von zentraler Bedeutung für die industriellen Wertschöpfungsketten, der aufgrund von Überkapazitäten vor allem in China mit staatlich subventionierten Niedrigstpreisen und geringeren Emissionsauflagen konkurrieren muss.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

Stahlindustrie in Deutschland stärken

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung an diesem Donnerstag aufgefordert, sich für eine effektive Außenhandelspolitik einzusetzen, zu der eine „konsequente und transparente Nutzung der handelspolitischen Schutzinstrumente und deren beschleunigte Anwendung“ gehöre. Das Parlament nahm einen Antrag von CDU/CSU und SPD an, die Stahlindustrie in Deutschland und Europa zu stärken. Die Stahlindustrie stehe vor großen Herausforderungen, weil vor allem aufgrund von Überkapazitäten in China ein Überangebot an Stahlprodukten bestehe, die zu Niedrigstpreisen angeboten würden. Die Regierung solle bei den Novellen des Strommarkt- und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dem Ziel bezahlbarer Energiepreise besondere Aufmerksamkeit schenken, weil dies grundlegende Voraussetzung für Zukunftsinvestitionen im Stahlsektor am Standort Deutschland sei.

Der Bundestag rief die Bundesregierung ferner dazu auf, sich gegenüber der EU-Kommission dafür einzusetzen, dass die Verleihung des Status einer Marktwirtschaft an die Volksrepublik China intensiv geprüft wird und dabei vor allem die Auswirkungen auf die Stahlindustrie, andere Metallindustrien sowie weitere Produkthersteller berücksichtigt werden. Von der EU-Kommission fordert der Bundestag eine Klärung, ob die EU völkerrechtlich gebunden ist, ab dem 11. Dezember 2016 der Volksrepublik China den Status einer Marktwirtschaft in Antidumpingverfahren zu gewäh-

ren und damit grundsätzlich inländische chinesische Preise in Antidumping-Untersuchungen zugrunde zu legen.

Änderung des Sexualstrafrechts

Mit diesem Gesetzentwurf, der in dieser Woche in erster Lesung beraten wurde, sollen Schutzlücken im Strafrecht zur sexuellen Nötigung und Vergewaltigung geschlossen und der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung verbessert werden. Aktuell ist die Vornahme sexueller Handlungen gegen den Willen des Opfers alleine noch nicht strafbar – somit bleiben Fälle ungeahndet, in denen das Opfer nur mit Worten widerspricht oder sich etwa in einer Überraschungssituation nicht wehrt.

Daher sieht der Entwurf künftig bereits dann eine strafbare Handlung vor, wenn der Täter eine Lage ausnutzt, in der eine andere Person aufgrund der überraschenden Begehung der Tat zum Widerstand unfähig ist oder im Fall ihres Widerstands ein empfindliches Übel befürchtet. Ziel ist es, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen.

Errichtung eines Transplantationsregisters

An diesem Donnerstagabend debattierte das Parlament über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem der Weg zu einem Transplantationsregister geebnet werden soll. Mit dem Transplantationsregister sollen erstmals wichtige Daten von Organspendern oder Empfängern zentral zusammengefasst und miteinander verknüpft werden. Ein Ziel ist unter anderem, die Wartelistenkriterien sowie die Verteilung der Spenderorgane weiterzuentwickeln.

Ein strenger Datenschutz hat bei der Einrichtung des Registers oberste Priorität. So sollen sensible Daten nur mit der ausdrücklichen Einwilligung aller Betroffenen an das Transplantationsregister übermittelt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt diesen Gesetzentwurf und erwartet, dass durch die Zusammenführung der erhobenen Daten neue Erkenntnisse gewonnen werden, die zu einer Verbesserung und Weiterentwicklung der transplantationsmedizinischen Versorgung und Qualität führen.

Zitat

«Sie können sich darauf verlassen, dass ihr größter Verbündeter und Freund, die Vereinigten Staaten von Amerika, an ihrer Seite stehen. Schulter an Schulter. Jetzt und für immer. Denn ein vereintes Europa, früher ein Traum weniger, ist jetzt eine Hoffnung der Vielen und eine Notwendigkeit für uns alle.»

(US-Präsident Barack Obama in seiner Rede am Montag in Hannover)